

Rede zum Haushalt 2019



im Rat der Stadt Düsseldorf

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Zuhörer,

vorab sei gesagt, dass meine Haushaltsrede natürlich nicht gegendert ist. Auch wenn die Stimmung langsam weihnachtlicher wird oder schon ist, betrachtet man einige Bezuschussungen, so habe ich mir zumindest die Sternchen in meiner Rede für das Fest aufgespart.

1. Gesamtlage

Gewerbsteuer / Einkommenssteuer

Dass unsere Stadt sicherlich als wohlhabender bezeichnet werden kann, dürfte kaum jemand bestreiten. Nicht viele nordrhein-westfälische Kommunen verfügen über Einnahmen i.H.v. rund 3 Milliarden Euro pro Jahr. Damit ist eine gute Ausgangsbasis mit viel Handlungsspielraum für wichtige und notwendige Investitionen vorhanden. Auch in diesem Jahr wurde der Haushaltsentwurf als ausgeglichen vorgestellt, mit einem Überschuss von 2,4 Millionen Euro, der in die Ausgleichsrücklage fließen soll. Erst kürzlich teilte die Kämmerin mit, es wären sogar 10 Millionen Euro Gewinn zu verbuchen. Der ausgeglichene Haushalt dürfte aber nur durch viel Optimismus gelungen sein, denn in einigen Bereichen schlummern Kostenfaktoren, die erst im laufenden nächsten Jahr Berücksichtigung finden.

Größte Einnahme der Stadt ist und bleibt die Gewerbesteuer. Einnahmen in Höhe von fast 960 Millionen Euro sind im Haushaltsplan veranschlagt. Prognostiziert werden ordentliche Mehrerträge in Höhe von 57,5 Millionen Euro. Rund 40 Millionen EURO sollen zusätzlichen Gewerbesteuererinnahmen sein und der Gemeindeanteil. Bei der Einkommens- und der Umsatzsteuer war hingegen zu Rückgang von 13 Millionen Euro zu verzeichnen.

Bei der Gewerbesteuer liegt Düsseldorf mit 440 unter dem nordrhein-westfälischen Durchschnitt von 448,2 Prozent. Bei Berücksichtigung des Düsseldorfer Umlandes schneidet die Landeshauptstadt aber nicht mehr so gut ab.

Bei der Grundsteuer B liegt der Landesdurchschnitt bei 533,2 Prozent, also knapp unter dem Düsseldorfer Satz. Beide Faktoren gilt es zu berücksichtigen, wenn die Erwartungen für die künftigen Einnahmen in diesem Bereich prognostiziert werden. Ich halte die Mehrerträge bei den Gewerbesteuereinnahmen langfristig für zu optimistisch angesetzt, denn sie berücksichtigen nicht ausreichend die Entwicklung des Umlandes. Auf längere Sicht wird die Stadt zumindest nicht um eine Senkung herumkommen; alleine um im Vergleich zu angrenzenden Städten und Kreisen wettbewerbsfähig zu bleiben. Hieraus könnte sich aber auch eine Chance ergeben, denn diese Faktoren spielen für Niederlassungsentscheidungen bei der Gewerbeansiedlung eine relevante Rolle. Hinzu kommt die gute Infrastruktur unserer Stadt. Gekoppelt mit einer künftigen moderaten Reduzierung wären zwar Risiken vorhanden, jedoch dürften die Vorteile letztendlich überwiegen und zu einer Sicherung der Einnahmen führen.

Personalkosten

Im kommenden Jahr werden die Personal- und Versorgungsaufwendungen auf mindestens 645 Millionen Euro steigen und sich damit nochmals um 11 Millionen erhöhen. Dabei sind noch nicht alle Kostenrisiken berücksichtigt worden, wie die Kämmerin bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfes mitgeteilt hat. Gerade die Aufwendungen für die Besoldungserhöhungen für Beamte und die Ausgaben zur Vermeidung von Altersdiskriminierung werden für einen weiteren Anstieg sorgen. Wie sich die Verwaltungskosten auf ein geringeres Maß reduzieren lassen, ohne dass Düsseldorf seine umfangreichen Dienste einschränken muss, dürfte das größte Problem darstellen.

Dem Zwischenstandsbericht zum Projekt Verwaltung 2020 war zu entnehmen, dass bis Ende des übernächsten Jahres rund 869 Stellen wegfallen könnten, in den Folgejahren steige die Zahl sogar auf 1005. Insgesamt soll sich das "Optimierungspotenzial" auf 1285 Vollzeitstellen beziehen. Etwa 115 neue Stellen kommen dazu. Laut Oberbürgermeister Geisel würden nun erstmals wieder Aufgaben, Stellen und Personal übereinstimmen.

Wie dieses Ergebnis zustande kommt, erschließt sich mir aber nicht, denn Ende letzten Jahres wurden gerade einmal 231 Stellen gestrichen und Düsseldorf hat weiterhin - gemessen an dem Personal und Einwohnern - höhere Ausgaben als andere Kommunen.

Wir dürfen aber auch eine überwiegend gut funktionierende Verwaltung nicht kaputtsparen. Andere Städte, wie z.B. Essen, stehen vor dem Problem, dass durch viele Abgänge eine Personalknappheit vorliegt. Sinnvoll wäre z.B. eine gesunde Reduzierung durch weitere Kompetenzbündelung in verschiedenen Bereichen oder zusätzliche Aufgabenübertragungen herbeizuführen.

Positiv ist an dieser Stelle der Ausbau der Onlineangebote anzusprechen, die bereits manchen Behördengang überflüssig machen. Hier steckt aber sicherlich noch mehr Potential, wobei ältere Menschen zu berücksichtigen sind, die auf besagte Angebote oft nicht zugreifen können, da ihnen die technischen Kenntnisse fehlen.

Geschobene notwendige Investitionen

Bereits in den vergangenen Haushaltsberatungen habe ich immer wieder den fortdauernden Sanierungsstau moniert. Die Instandhaltung von Brücken, öffentliche Gebäude und Straßen verschlingt viel Geld. Zumindest im Bereich der Straßensanierung bietet sich Auto- und Radfahrern ein identisches Problem. Viele Straßen und Radwege sind inzwischen echte Parcoursstrecken, wenn es um das Umfahren der Schäden geht. Zynisch könnte sich hieraus erklären, warum inzwischen jeder vierte Düsseldorfer einen SUV fährt. Teilweise vermitteln einige ausgesetzte Reparaturen den Eindruck, als würde nach dem Motto verfahren, solange es noch irgendwie hält, muss keine Instandsetzung erfolgen. Jede zehnte Straße des 1211 Kilometer umfassenden Straßennetzes ist stark oder sehr stark reparaturbedürftig. Hier werden voraussichtlich kaum die angesetzten 5 Millionen Euro für eine langfristige Instandsetzung ausreichen. Repariert wird aber in vielen Fällen nur das Notwendigste, ähnlich wie in vielen hochverschuldeten Städten des Ruhrgebietes. Dass hier aber häufig deutlich höhere Folgekosten fabriziert werden, scheint kaum zu interessieren.

2. Wohnraum

Am meisten bewegen dürfte die Bürgerinnen und Bürger die Wohnungsbaupolitik. Trotz der steigenden Bauvorhaben ist die Wohnungslage in Düsseldorf immer noch prekär. Zwar entsteht neuer Wohnraum, jedoch ist dieser für einen großen Teil der lokalen Bevölkerung nicht bezahlbar. Der Anteil der Mieterhaushalte liegt bei gut 350.000 Wohneinheiten und damit bei 80 Prozent. In den letzten zehn Jahren sind die Mieten um rund 30 Prozent gestiegen. Der durchschnittliche Mietpreis liegt heute bei knapp zehn Euro pro Quadratmeter, wobei er in einigen Stadtteilen noch deutlich höher ausfällt.

Bei Wohneigentum bietet sich ein ähnliches Bild. In den letzten zehn Jahren haben sich die Kaufpreise für Wohnungen um durchschnittlich 76 Prozent auf 2.837 Euro je Quadratmeter erhöht. Für Häuser sind im gleichen Zeitraum um 60 Prozent und damit 3.842 Euro pro Quadratmeter Preissteigerungen zu vermelden und eine Trendwende zeichnet sich nicht ab.

Eine kürzlich veröffentlichte Statistik ergab, dass rund 30 Prozent des Einkommens in Düsseldorf für die Miete ausgegeben wird. Zugrunde gelegt eine Familie der Mittelschicht mit einer Durchschnittsmiete von 1.200 EURO und einem Haushaltseinkommen von knapp 4.100 EURO. Die wirtschaftliche Härte beginnt da, wo 30 Prozent des Nettoeinkommens für das Wohnen aufgebracht werden. Die preisgedämpfte Miete liegt aber schon bei 9,60 Euro pro Quadratmeter. Die meisten Düsseldorfer Familien- und Rentnerhaushalte können sich bereits das nicht leisten. Bei neuen Wohnprojekten müsste sich deshalb der Anteil an preisgedämpften und öffentlich geförderten Wohnungen deutlich erhöhen, wenn nicht sogar sich verdoppeln.

Grundstücke geraten dabei in das Visier von Spekulanten. Die Preise wirken sich dann auf die späteren Kauf- und Mietpreise aus. Gerade hier muss von der Stadt stärker eingeschritten werden, indem bei hemmungslosem Gewinnstreben auf Kosten der Gemeinschaft z.B. das Planungsrecht nicht gewährt wird.

Beim Verkauf des Glasmacherviertels in Gerresheim musste erlebt werden, welche Folgen Spekulationen haben. Daher darf sich bei der Bergischen Kaserne nicht das gleiche Szenario abspielen. Hier sollte die Stadt versuchen, das Gebiet kostengünstig zu erwerben, um selber überwiegend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Generell muss die Stadt verstärkter in die Entstehung von bezahlbarem Wohnraum einsteigen. Über die städtische Wohnungsbaugesellschaft findet zwar eine Steigerung der Wohnungsbauzahlen statt, jedoch stellen diese Projekte und Vorhaben nur einen Tropfen auf den heißen Stein dar. Der lokale Wohnungsmarkt ist zu lukrativ für Spekulanten, denen primär am Profit gelegen ist, aber nicht die Not der Menschen nach bezahlbaren Unterkünften zu lindern. Daher sollten städtische Grundstücke weniger als Verkaufsobjekte angesehen werden, um Finanzlöcher zu stopfen, und mehr stadteigener Wohnraum entstehen, der den geringeren Qualitätsbedürfnissen vieler Bürgerinnen und Bürger auch entspricht.

Städtischer Wohnraum muss günstig sein, um einen Gegenpol zu den anderen Mietpreisen zu bilden und bezahlbaren Wohnraum zu sichern. Es gibt aber eine Ausnahme, wo ich für eine Anpassung nach oben plädiere, nämlich beim Vermietungsmodell der Kiefernstraße. Hier werden Wohnungen für 1,12 Euro pro Quadratmeter vermietet, also einem Preis, für die es in den meisten Stadtteilen nicht einmal einen Tiefgaragenparkplatz gibt. Fast geschenkter Wohnraum als nachwirkende Konsequenz früherer Hausbesetzung sind kein Zustand, der fortauern darf. Auch kann es nicht sein, dass ein selbsternanntes Gremium der Bewohner der Stadt vorschlägt, wer künftig freiwerdende Wohnungen beziehen darf. Dieses skurrile Konstrukt sollte umgehend aufgelöst werden, damit nach einer Sanierung die Gebäude dem regulären Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen.

Das beschlossene Handlungskonzept Wohnen reicht alleine nicht aus, um die Probleme zu lösen. Statt der angepeilten 3.000 Wohnungen werden nur knapp 2.000 fertiggestellt. Zwar sind mehr neue Wohnungen entstanden, als in den Vorjahren, jedoch decken diese nicht den tatsächlichen Bedarf, selbst dann nicht, wenn die bereits fehlenden Wohnungen unberücksichtigt blieben. Von den Fertigstellungen sollen ca. 700 bis 800 öffentlich gefördert oder preisgedämpft sein, was jedoch rein rechnerisch unwahrscheinlich ist, weil kleine Projekte den Auflagen nicht unterliegen.

Daher befürworte ich auch die Idee des Bündnisses der Stadt mit den Genossenschaften, die aktuell rund 20.000 Wohnungen im Bestand haben, um mehr preiswerten Wohnraum zu schaffen.

Fast wie ein vorweihnachtliches Geschenk kann so die Mitteilung des Landes aufgenommen werden, dass unsere Stadt mehr Geld für den Wohnungsbau erhält. In den kommenden vier Jahren fließen 240 Millionen anstatt 160 Millionen in Bauvorhaben. Hiervon sollen pro Jahr bis zu 600 Wohnungen mit sozialverträglichen Mieten von unter 7 Euro pro Quadratmeter entstehen. Keine Leistung der Stadt, aber letztendlich zählt nur das Ergebnis.

3. Kitas, Schulen und Kinderspielplätze

Kitas

Im Bereich der Kita-Plätze wird in Düsseldorf viel gemacht. 2019 werden 351 Millionen Euro ausgegeben, wovon 185 Millionen von der Stadt stammen. Dennoch fehlen rund 2.000 Kita-Plätze. Die Versorgungsquote für die Über-Dreijährigen wird voraussichtlich im kommenden Jahr bei 99 Prozent liegen. Problematisch aber sieht es weiterhin bei den Kindern unter drei aus. Nur für 48 Prozent wird es Betreuungsplätze geben. Im aktuellen Jahr liegt die Quote sogar nur bei 44 Prozent.

Bis Mitte 2019 sollen noch einmal 416 Plätze für U3 und 484 Ü3-Betreuungsplätze entstehen. Damit steigt die Zahl auf über 9.000 U3- und 18.000 Ü3-Betreuungsplätze. Trotzdem wird aber weniger als die Hälfte der U-3 Kinder keinen Platz in einer Kita erhalten, obwohl sie hierauf einen Rechtsanspruch haben.

Ursächlich hierfür ist, dass die Zahl der Kinder unter sechs in den vergangenen Jahren stärker gestiegen ist als eingeplant. Momentan sind es 19.500 U3-Kinder. In diesem Zusammenhang teilte die Stadt mit, dass die aktuellen Zahlen denen entsprechen würden, die erst 2025 erwartet worden wären. Die Zunahme rührt u.a. durch den Zuzug aus anderen Städten, aber auch durch die Zuwanderung durch Asylbewerber und ihren Familien. An dieser und vielen anderen Stellen ist zu erkennen, dass die freudige Aufnahmebereitschaft von Asylbewerbern durch die Ampelkoalition und der Wunsch nach weiteren hunderten freiwilligen Zuweisungen die Stadt vor vielfältige Probleme stellt, die sich auf alle Bereiche auswirken.

Betroffen von den fehlenden Kita-Plätzen sind zudem Eltern oft in existenzieller Weise. Nicht nur alleinerziehende Eltern sind besonders auf diese Betreuungsplätze angewiesen, sondern auch Familien, bei denen beide Elternteile gezwungen sind, einer Tätigkeit nachzugehen, denn die Lebenserhaltungskosten sind in Düsseldorf deutlich höher als in den meisten anderen nordrhein-westfälischen Kommunen.

Schulen

Düsseldorf wächst und damit steigt auch der Bedarf an Schulplätzen. Die Stadt ist momentan Träger von 152 Schulen, darunter 86 Grund-, 9 Haupt-, 7 Förder-, 13 Real-, 6 Gesamtschulen, 18 Gymnasien und 12 Berufs- und Weiterbildungskollegs. Geplant ist u.a. die Einrichtung von zwei weiteren neuen Gymnasien an Standorten bisheriger Hauptschulen, wie sich aus der Schulentwicklungsplanung 2018 bis 2024 ergibt.

Wie groß der Andrang an unseren Schulen ist, zeigt sich bereits an den Anmeldezahlen: Insgesamt über 21.000 Kinder befinden sich noch auf Grundschulen und auf Haupt-, Real- und Gesamtschulen nochmals fast 31.000 Kinder sowie 1.400 Schülerinnen und Schüler auf Förderschulen. Dabei liegt der Fokus nach der Grundschule mit über der Hälfte der Anmeldungen bei den Gymnasien. Da nicht genug neue Schulen gebaut werden können, werden zusätzliche Schulplätze durch die Einrichtung weiterer Klassenzüge an den bestehenden Schulen entstehen.

Trotzdem sind die Kapazitäten an vielen Gesamtschulen und Gymnasien nicht ausreichend. Zudem wurde die Umstellung auf G9 bisher nicht berücksichtigt und dürfte zahlreiche Schulen vor erhebliche Probleme stellen. An einigen Standorten fehlen die notwendigen Räume – mindestens 85 sollen es insgesamt sein, teilte der Stadtdirektor gegenüber der Presse mit - und die Umstellung soll in den kommenden Jahren über als 100 Millionen Euro kosten. Auch wenn es Sache des Landes ist, so muss an dieser Stelle gesagt werden, dass neben den räumlichen Problemen auch keine ausreichenden Lehrkräfte vorhanden sind, die die Kinder unterrichten.

Wie viele Lehrerstellen in Düsseldorf nicht besetzt sind, ist nicht genau bekannt, da keine Gesamterhebung vorliegt. Die GEW spricht von über 100 fehlenden Lehrern.

Wie auch in den letzten Jahren verweise ich aber darauf, dass nicht nur die reine Schaffung von Gebäuden und Klassenzimmern notwendig ist, sondern auch eine zukunftsorientierte Ausstattung. Daher befürworte ich die Ausgaben im eSchool-Bereich. Gerade hier fehlte es in den vergangenen Jahren an den notwendigen Aufwendungen, um spürbare Veränderungen herbeizuführen. Positiv ist, dass in diesem Jahr mehr Schulen mit W-Lan und Tablets ausgestattet wurden und auch für das kommende Jahr weitere Verbesserungen geplant sind, denn gerade der frühzeitige Umgang mit zukunftsorientierten Techniken ist für die weitere Ausbildung unerlässlich.

Kinderspielplätze

Über 400 Kinderspielplätze bieten den Kleinen in unserer Stadt theoretisch ein ausgewogenes Freizeitprogramm. Die Geräte und Gelände werden in Abständen von Mitarbeitern des Gartenamtes überprüft und auf ihre sicherheitstechnischen Anforderungen untersucht. Trotzdem sind die Spielplätze nicht durchweg auch als solche nutzbar. Mangelhafte Geräte werden zwar zeitnah entfernt, jedoch können teilweise Wochen oder Monate verstreichen, bis entsprechender Ersatz aufzufinden ist. Auch sind einige Spielplätze so spartanisch ausgestattet, dass sie kaum wirkliches Interesse der Kinder wecken. Natürlich können nicht alle Spielplätze gleichermaßen umfangreiche Gerätschaften bieten, aber besonders bei den kleineren sollte künftig mehr Wert auf eine zeitnahe Reparatur oder Austausch der wenigen Gerätschaften gelegt werden, damit der Reiz nicht gänzlich verloren geht.

4. Wir müssen mehr in die Sicherheit investieren

In einer Stadt kann sich die Bevölkerung nur wohl fühlen, wenn sie ein ausgeglichenes Sicherheitsgefühl hat und sich die Bürgerinnen und Bürger angstfrei durch alle Stadtteile bewegen können. Gerne wird dieses Problem als Landessache abgetan. Aufgrund des Rückgangs der Gesamtzahl von Polizisten in der Landeshauptstadt, 148 Polizeibeamte kamen nach neu hinzu, jedoch aufgrund von Versetzungen und Ruhestand verrichten unter dem Schnitt 20 Polizisten weniger Dienst als bisher. Damit wächst automatisch auch die Bedeutung und Notwendigkeit eines starken Ordnungs- und Sicherheitsdienstes.

Wichtig ist dabei eine häufigere Sichtbarkeit des OSD auf unseren Straßen. Diese Aufgabe und viele andere können jedoch nur effektiv erfüllt werden, wenn das notwendige Personal vorhanden ist. An dieser Stelle möchte ich die gute Arbeit des OSD würdigen und besonders den Außendienstlern Respekt zollen. Für ein überschaubares Gehalt tragen sie für mehr Sicherheit in unserer Stadt bei. Beschimpfungen, Beleidigungen und körperliche Übergriffe nehmen seit Jahren stetig zu. Nach Polizei und Rettungskräften macht auch vor Mitarbeitern des OSD eine Verrohung und Respektlosigkeit nicht Halt. Trotz Anfeindungen und Übergriffen gehen die Damen und Herren ihren Aufgaben nach. Ohne sie wäre so manche Großveranstaltung kaum durchführbar und No-Go-Areas könnten noch schneller gedeihen. Zwar wurden endlich neue Ausstattungen für die Mitarbeiter angeschafft, wie z.B. Schutzwesten, aber es muss auch einen deutlicheren finanziellen Ausgleich geben.

Einsteiger bekommen netto in den jeweiligen Entgeltgruppen 8 und 9 rund 1.500 bis 1.600 Euro monatlich, ohne finanzielle Entschädigung für die Belastungen im Außendienst, denn diese sind im Tarif nicht vorgesehen, wären aber dringend notwendig und müssten eingeführt werden, um die Tätigkeit wirtschaftlich angemessener zu gestalten. Veränderungen sollen in diesem Bereich geplant sein und ich hoffe sie sind umfangreicher als bisher bekannt wurde. Berufliche Umorientierung und besser bezahlte Stellen in der Stadtverwaltung, bei denen es z.B. keinen Schichtdienst gibt, führten zum Wechsel vieler OSD-Mitarbeiter in andere Bereiche. Im Zuge des Projekts "Verwaltung 2020" wurde der Ordnungsdienst zudem von 160 auf 140 Mitarbeiter reduziert. Mit der Kampagne "AAAA+" - die einen von der Bezeichnung eher an die Bewerbung einer energiesparenden Kücheneinrichtung erinnert -, wird um neue Mitarbeiter geworben, um unbesetzte Stellen mit qualifiziertem Personal auszufüllen. Wie notwendig das ist, zeigt sich bereits daran, dass von den 124 Stellen im Außendienst zum 1. August ganze 40 nicht besetzt waren.

Trotz steigender Einwohnerzahlen und wachsender Probleme wurden die Mitarbeiterzahlen nicht der Zeit und Lage angepasst. Wachsende Krisengebiete wie die Düsseldorfer Altstadt und zunehmende Aufgabenerweiterung zeigen deutlich auf, dass mehr Präsenz von OSD und Polizei notwendig ist, alleine damit das Betreten mancher Stadtteile nicht zur Mutprobe wird. Deshalb muss mehr Energie aufgebracht werden, um mit einem starken Ordnungs- und Sicherheitsdienst den Menschen einen Teil ihrer verlorengegangenen Sicherheit wieder zurückzugeben.

5. Kultur

Den höchsten Ausgabenbereich stellen die Transferaufwendungen mit 1,17 Milliarden Euro dar. Die kontinuierliche Steigerung der letzten Jahre setzt sich fort und zum Vorjahr ist eine Ausgabenzunahme von 73 Millionen Euro zu verzeichnen. Einen großen Anteil stellen u.a. Leistungen für Asylbewerber dar, die um 5,4 Millionen Euro gestiegen sind, aber auch die Kosten für Tagespflege und Kitas erhöhten sich um knapp 7,4 Millionen Euro oder die Förderung von Oper und Theater.

Düsseldorf ist nicht nur Landeshauptstadt, sondern auch eines der Kulturzentren unseres Bundeslandes. Dabei gilt es aber Schwerpunkte zu setzen und nicht alles, was sich Kultur nennt, kann auch in dem bisherigen Umfang gefördert werden. Besonders die aktuellen Großprojekte sind kostenintensiv und risikoträchtig, wie sich an der Sanierung des Schauspielhauses und den explodierenden Ausgaben zeigt.

Bereits bei den vorherigen Haushaltsberatungen habe ich die Kostengefahr angesprochen. Die Sanierung wurde anfangs mit 27 Millionen Euro beziffert, inzwischen sind es fast 54 Millionen Euro und ein Ende ist nicht in Sicht. Erneuerung der Gebäudetechnik, des Daches und der Fassade liegen wieder einmal über den Kostenerwartungen. Auch die Arbeiten an den öffentlichen Bereichen werden um 40 Prozent erheblich teurer und statt rund 12 werden 16,5 Millionen Euro für Umbauten und Modernisierungen notwendig.

Dabei kann sich die Stadt glücklich schätzen, dass sich der Eigenanteil dank zusätzlicher Förderungen des Bundestages und aus Denkmalpflegeprogrammen nicht noch mehr erhöht. Aber auch hier wird wieder deutlich, dass keine zutreffende Kostenprognose gelingen will. Immer neue Positionen tauchen plötzlich auf, die vorher keiner erkannt haben will.

Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang die Oper. Mindestens 18 Millionen Euro müssen zeitnah investiert werden und wenn von mindestens 18 Millionen für Sanierungskosten gesprochen wird, dann darf von deutlich mehr ausgegangen werden. Noch teurer dürfte ein Neubau ausfallen, so wie er in dem Zusammenhang bereits diskutiert wurde.

Dann gibt es noch die Komödie in Düsseldorf. Das Theater wird seit Juli 2016 in eigenverantwortlicher Insolvenz geführt. Jetzt soll die Komödie eine Förderung in Höhe von 50.000 Euro für dieses Jahr und für die Jahre 2018 und 2019 jeweils 150.000 Euro erhalten.

Der vom Gericht bestellte Sachverwalter kümmert sich dabei nicht um das operative Geschäft, sondern überwacht die Komödie nur. Nach zwei Jahren Insolvenz liegen die angemeldeten Forderungen der 90 Gläubiger bei 1,4 Millionen Euro. Die wirtschaftliche Krise besteht aber erst, seitdem die neue Geschäftsführung das Unternehmen übernommen hat. Anstatt einen Insolvenzverwalter den gesamten Ablauf übernehmen zu lassen, wird die Insolvenz in Eigenverwaltung weitergeführt und jene, unter deren Führung die wirtschaftliche Misere eingetreten ist, führen den Betrieb fort und sollen ihn sanieren.

Daher sollten hier Zuschüsse nicht ohne vorherige Prüfung erfolgen, warum die wirtschaftliche Schieflage eingetreten ist und ggf. nur erfolgen, wenn der Insolvenzverwalter auch das operative Geschäft übernimmt, denn sonst werden auch hier wieder unnötig Steuergelder versenkt.

Wo wir gerade von wirtschaftlicher Schieflage und Kultur sprechen: Gleichmaßen lehne ich eine finanzielle Unterstützung des Multikulti Festes "New Fall Festival" ab. Hier sollen mit 100.000 Euro Fördergelder der Stadt und weiteren 20.000 Euro des Landes zwei Drittel der auflaufenden Kosten übernommen werden, um eine privatwirtschaftliche Veranstaltung durchzuführen. Nach der Insolvenz der veranstaltenden GmbH – also der nächste Insokandidat - sollen im kommenden Jahr steigende Zuschüsse das Festival sichern. Bereits in diesem Jahr wollte der Veranstalter die fehlenden 60.000 Euro aus den Verlusten von der Stadt haben. Sicherlich lässt sich im Multikulti-Sektor viel Geld verdienen, aber dieses muss dann von den Besuchern der Veranstaltungen stammen und nicht von der Stadt. Düsseldorf sollte nicht für fehlerhafte privatwirtschaftliche Veranstaltungen einspringen.

Aus Sicht der Republikaner ist es daher nach wie vor wichtig, nicht alles, was sich Kultur nennt, zu unterstützen. Inzwischen ist der Kulturbegriff völlig uferlos, genauso wie viele Bezuschussungen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, natürlich kann darüber gestritten werden, was Kunst ist und ob es bereits ausreicht, einen Eimer Farbe an die Wand zu werfen, der dann von fachkundigen Bürgern als „von bleibendem Wert“ gedeutet wird.

Solange es aber um die Bezuschussung mit Steuergeldern geht, sollte diese Vergabe unter dem Blickwinkel eines konservativen, bewährten und identitätsbildenden Kulturbegriffs erfolgen.

Die Zeit für Lobby- und Klientelbeglückung darf nicht fortgesetzt werden. Einsparbare Gelder aus rot-grün-gelber Verschwendungspolitik sollten dazu dienen, stärker reduzierte Eintrittspreise für Familien oder generell für Personen zu schaffen, die aus wirtschaftlicher Not nicht am Kulturleben teilnehmen können. Kultur darf nicht nur ein Bereich sein, der Besserverdienenden vorbehalten ist, sondern muss der breiten Bevölkerung zugutekommen.

6. ÖPNV, Radschnellwege und Autos

Sicherlich ist der Ausbau des ÖPNV eines der wichtigsten verkehrspolitischen Ziele, um mehr Menschen zum Umsteigen zu bewegen. Es stellt sich aber dabei die Frage, wie teuer die Gestaltung sein kann und darf und in welchem Zeitraum sie vorgenommen wird.

Wie man sich völlig verkalkulieren kann, zeigt sich an der Wehrhahnlinie. Zwei Jahre nach Eröffnung der nur 3,4 Kilometer langen U-Bahnstrecke liegen die Kosten inzwischen bei satten 929 Millionen Euro. 650 Millionen Euro waren anfänglich eingeplant. Die Baukosten sind dann im weiteren Verlauf von 843 auf 929 Millionen Euro gewachsen. Zumindest hat es mit diesem Projekt die Stadt wieder in das neue Schwarzbuch des Bundes deutscher Steuerzahler geschafft und damit auch den Bereich Stadtmarketing unfreiwillig negativ abgedeckt. Erschreckend ist aber die Argumentation der Verantwortlichen, warum eine Preissteigerung von 280 Millionen Euro nicht vorhersehbar war: u.a. wäre Entwicklung der Rohstoffpreise für Stahl, Beton und Erdöl daran schuld. Gerade solche Risiken müssten aber meiner Meinung nach in jeder Planung Berücksichtigung finden.

Zumindest ist der Bevölkerung spätestens jetzt bekannt, warum Gelder an anderen wichtigen Stellen fehlen und angekündigte Preise für Großprojekte mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht unter-, sondern auch weiterhin deutlich überschritten werden.

Unverändert ist Düsseldorf Pendlerhochburg und wird es auch bleiben. Dabei ist das Bedürfnis und teilweise die Notwendigkeit der PKW-Benutzung nicht zu verdrängen. Viele Menschen sind auf ein Auto aus den verschiedensten Gründen angewiesen oder es stellt das effizientere Verkehrsmittel dar.

Im ausgeglichenen Umfang sollten die Bedürfnisse der verschiedenen Verkehrsteilnehmer Berücksichtigung finden. Dabei müssen attraktive Möglichkeiten jenen geboten werden, die bisher auf das Auto zurückgreifen und einen Wechsel vornehmen könnten.

Nach wie vor beträgt die Gesamt-Einpendlerzahl fast 300.000 Personen. Im Gegenzug pendeln jeden Tag fast 100.000 Düsseldorfer in andere Städte. Knapp die Hälfte der Düsseldorfer Pendler benutzen für den Weg zum Arbeitsplatz und zurück immer noch ihr Fahrzeug. Hier lässt sich nur langfristig eine Veränderung herbeiführen, indem z.B. an Park und Ride Parkplätzen direkte Busverbindungen eingerichtet werden, die eine Schwerpunkttaktung in den Morgen- und Nachmittagsstunden haben und die Einpendler zu größeren Bus- oder S-Bahnhöfen bringen. Kaum jemand würde sein Fahrzeug freiwillig im Nirvana parken, um dann stundenlang unter Nutzung von Bus und Bahn zu seinem Arbeitsplatz zu gelangen.

Eine pauschale autofeindliche Politik zu betreiben und mit der Brechstange einen Umstieg auf ÖPNV oder Fahrrad herbeizuführen, werde ich nicht mittragen. Daher sehe ich die Umsetzung des Programms 2019 als Dreistigkeit an. Ohne Stadtratsbeschluss wurden die ersten 100 Abstellplätze für 1.100 Fahrräder im Innenstadtbereich errichtet. Dadurch sind rund 75 Stellplätze für Autos in einem Bereich weggefallen, der bereits jetzt schon zu wenig Parkraum bietet. Als Gipfel der Provokation durfte dann ein Modell der Fahrradständer angesehen werden, welches über eine grüne Auto-Silhouette verfügt. PKW-Benutzer werden nach der verzweifelten Parkplatzsuche damit auch noch verhöhnt.

7. Unnötige Ausgaben

Auch in diesen Haushaltsberatungen gibt es wieder einige Möglichkeiten, sinnvolle Einsparungen vorzunehmen. Neben den bereits von mir gerade im Kontext genannten Punkten habe ich nachfolgend weitere Positionen exemplarisch zusammengestellt, die natürlich nicht abschließend sind, aber die Vorstellungskraft beflügeln sollen.

ZAKK und “Rock gegen Rechts“

Starten wir wie immer mit der Bezuschussung von “Rock gegen Rechts“. Wie in den letzten Jahren führe ich diese kleinere Ausgabe an, die zwar im Vergleich zu den anderen Zahlen verschwindend gering ist, aber für eine gewisse Szene einen hohen ideellen und unterstützenden Wert hat. Wer in Zeiten steigenden Extremismus jene auch nur mittelbar unterstützt, die Partyveranstaltungen für Personengruppen durchführen, die oftmals unser

Land, den Rechtsstaat und seine Organe ablehnen oder teils aktiv bekämpfen, der muss sich über linke Krawalle und verwüstete Städte nicht wundern. Es darf keine Differenzierung geben, welche Form des Extremismus gerade angenehmer ist oder wählertaktisch betüddelt werden muss. Wer deshalb fortdauernd Veranstaltungen wie z.B. "Rock gegen Rechts" mitfördert, der nimmt es mit einer konsequenten Extremismusbekämpfung nicht ernst.

Da wir schon im linken politischen Spektrum sind, darf das „Zakk“ nicht fehlen. Die Unterstützung des Zakk e.V. muss um mindestens zwei Drittel gekürzt und an Angeboten festgemacht werden, die politisch neutral sind und nicht der Bespaßung von Müsli-Kommunisten dienen. Weiterhin gilt es darauf Einfluss zu nehmen, wenn schon ein Großteil der laufenden Kosten durch städtische Gelder aufgefangen werden, dass die Angstelltenzahlen in einem vernünftigen Verhältnis zu den eigentlichen Einnahmen stehen und die Räumlichkeiten allen zur Anmietung bereitgestellt werden ohne vorherige Gesinnungsprüfung.

Versorgungs-, Unterbringungs- und Integrationsausgaben für Asylanten

Wenn von Bereicherung gesprochen wird und eigentlich Entreichung gemeint ist, dann sind wir beim Thema Asyl. Weiterhin werden die Ausgaben rund um die Betreuung, Versorgung, Unterbringung und Integration von Asylanten und Geflüchteten immense Kosten aufwerfen. Dabei ist generell die Frage nach der Sinnhaftigkeit zu stellen, bevor geprüft wird, ob die jeweilige Ausgabenposition nicht deutlich gesenkt oder gänzlich gestrichen werden kann. Wichtig und richtig sind Sprachkurse für jene, die auch eine feste Bleibeperspektive haben. Damit diese Kurse auch zielführend sind, liegen inzwischen ausreichende Instrumente der Sanktionierung vor, wenn eine fehlende Bereitschaft vorhanden ist. Diese müssen sicherlich voll ausgeschöpft werden.

Es gibt aber eine große Personenzahl, die sich gar nicht mehr in Düsseldorf oder überhaupt in Deutschland aufhalten dürften. Wie eine Stadtratsanfrage von mir ergab, sind rund 1.100 Asylbewerber alleine in unserer Stadt abschiebereif, werden jedoch aus den verschiedensten Gründen nicht rückgeführt oder verfügen über eine Duldung.

Bleiben abgelehnte Asylbewerber länger als drei Monate nach Abschluss des Verfahrens, müssen die Kommunen alleine für die Kosten aufkommen. Das kann dann schon in Teilen

als eigenverantwortliche Entreichung bezeichnet werden, denn hier werden jährlich ca. 20 Millionen ausgegeben, summiert man die entstehenden Kosten, die dann an anderen Stellen fehlen. Spitzenverbände haben mehrfach gewarnt, die Versorgung abgelehnter Asylbewerber, die nicht ausreisen, könnten jeden kommunalen Haushalt sprengen.

Zum Vergleich: Durchschnittlich 12.000 Euro kostet die Schaffung eines neuen Kitaplatzes in Düsseldorf. Alleine bei Einsparung der Kosten für abgelehnte Asylanten könnten jährlich in Düsseldorf ca. 1.700 neue Plätze errichtet werden, die momentan fehlen.

866 Euro pro Monat werden vom Land monatlich pro Asylant gezahlt. Trotzdem werden über diesen Satz in Düsseldorf regelmäßig höhere pro-Kopf-Ausgaben vorgenommen, die dann selber getragen werden müssen.

Bereits bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfes wurde auf die steigenden Sozialausgaben und auf die kostenintensiven Integrationsmaßnahmen für Asylbewerber hingewiesen. Eine Kostenentlastung durch den Bund fällt hier geringer aus, da Düsseldorf als abundante Kommune zählt.

Da hier eine Unterstützung aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Landeshauptstadt nicht im Umfang wie bei anderen Kommunen erfolgen wird, muss sparsamer agiert werden.

Das 866 Euro pro Monat nicht ausreichen, die vom Land NRW monatlich pro Asylbewerber gezahlt werden, zeigt sich daran, dass die pro-Kopf-Ausgaben in Düsseldorf deutlich höher ausfallen.

Grundsätzlich muss aber auch die Assimilation im Vordergrund stehen und nicht eine Integrationspolitik, die bereits jahrzehntelang in Deutschland aus verschiedensten Gründen gescheitert ist. Besonders im Bereich der fast uferlosen Integrationsprogramme ist ein Weniger vertretbar. So können u.a. Angebote gestrichen werden, die Yogakurse oder Schwimmförderungen umfassen. Gleiches gilt immer noch für die Gesundheitskarte und den hieraus resultierenden hohen Ausgaben. Daher spreche ich mich auch für die Einführung von Behandlungsscheinen aus. Der Verwaltungsaufwand ist überschaubar und effektiver. Übernommen werden müssen nur die Kosten von akuten Schmerzzuständen und Erkrankungen, so wie es auch das Asylbewerberleistungsgesetz vorschreibt.

Zudem wird durch die Wiedereinführung der Behandlungsscheine der Missbrauch von Leistungen deutlich schwerer und eine erhebliche Reduzierung der Kosten ist möglich, alleine durch den Wegfall der Verwaltungskosten der Krankenkassen, die von der Stadt zu zahlen sind, aber auch dadurch, dass die Abschaffung der Gesundheitskarte wieder zu einer Beschränkung der Leistungen führt. Nebenbei sei erwähnt, dass dieses Vorgehen auch dem Gesundheitstourismus entgegenwirkt.

Gekürzt werden können auch die 6 Ausbildungsplätze für jugendliche Asylbewerber mit ungeklärter Bleibeperspektive i.H.v. 120.000 Euro, denn solange unklar ist, ob jemand in unserem Land langfristig verweilen darf, sollten diese Gelder für jene mit verfestigter Bleibeperspektive eingesetzt werden.

Umsetzbar wäre auch eine Reduzierung der Welcome Points auf die Hälfte, wodurch sich die Kosten von 2 Millionen auf knapp 1 Millionen verringern.

Auch muss nicht unbedingt ein "kultursensibles" Vorgehen beschworen werden, denn wie soll eine notwendige Assimilation funktionieren, wenn unsere Wertevorgaben erst in Einklang mit dem Verständnis des Heimatlandes eines Asylbewerbers gebracht werden. Einige Länder sind nicht nur kulturell völlig anders geprägt als Deutschland, sondern auch von den Gesetzen her. Während in Deutschland z.B. eine klare Rechtsordnung zugrunde liegt, wird in anderen Staaten nach der Scharia gelebt und gerichtet. Sollen diese Wertvorstellungen dann auch ein sensibles Verhalten erfahren, wenn sie auf unser christlich geprägtes Wertesystem treffen? Nach meiner Meinung sicherlich nicht.

Überhaupt nicht nachvollziehbar ist es, dass zu denen, die zugewiesen werden, dann noch weitere Personen freiwillig aufgenommen werden sollen. Die beschlossenen 200 Gratis-Asylanten und die angebotene Aufnahme von Hochsee-Migranten sind nicht nur wirtschaftlich unzumutbar, sie bilden auch einen unnötigen psychologischen Anreiz für jene Personen, die noch überlegen nach Deutschland zu kommen. Weiterhin stammen besonders Personen aus der letzten Gruppe überdurchschnittlich oft aus Ländern, deren Anerkennungsquote fast durchweg deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Damit würden im weiteren Verlauf nicht nur die üblichen Versorgungs- und Unterbringungskosten aufgebracht werden müssen, sondern ggf. auch spätere Abschiebekosten, die je nach Herkunftsland zwischen 5.000 bis 10.000 Euro liegen und in 99% der Fälle vom Staat und damit wieder vom Steuerzahler zu tragen sind.

Selbst wenn die Kosten der Rückführung nicht die Kommune treffen, muss aber die Gemeinschaft der Steuerzahler diese tragen und dafür sollte unsere Stadt nicht ursächlich sein. Mit der reinen Aufnahme wäre das Ausgabenkarussell auch nicht beendet. Neben der kostenintensiven Unterbringung folgen Ausgaben für Krankenkasse, ggf. Kita- und Schulplätze und viele weitere Faktoren. Eine derartige Asylpolitik ist aus meiner Sicht absolut untragbar.

Es sind aber nicht nur die Kosten, die Asylbewerber selber verursachen, sondern auch solche, die durch Wohlfahrtsverbände entstanden sind und entstehen, die mit der All-inklusive Aufenthaltsversorgung beauftragt wurden.

Sehr geehrte Damen und Herren, es muss einmal deutlich ausgesprochen werden: Kaum einer dieser Wohlfahrtsverbände hat sich in den Jahren des Asylchaos die Konten nicht vergoldet. Mit der ausgerufenen Willkommenskultur im Rücken und der sich anschließenden Unterbringungs- und Versorgungsverzweiflung der Kommunen wurden Verträge unterzeichnet, die in einer normalen Situation wohl kaum zustande gekommen wären. Deshalb sollten hier Nachverhandlungen stattfinden und Anpassungen folgen. Sicherlich gibt es aus anderen Städten Beispiele, die noch drastischer sind als in Düsseldorf. Diese dürfen aber nicht als Maßstab herangezogen werden, denn bezogen auf unsere Stadt sollte die Maxime gelten, möglichst kostengünstig Pflichtaufgaben zu erledigen, insbesondere wenn nicht einmal die eigenen Bürger von den Ausgaben profitieren.

Politik für UNSERE Bürger

Ein Weniger auf der einen Seite und ein Mehr auf der anderen wäre nicht nur notwendig, sondern auch verantwortungsvoll gegenüber der eigenen Bevölkerung. Um Not zu lindern bedarf es keiner Reisen in ferne Länder. In der eigenen Stadt bieten sich genug Einbringungsmöglichkeiten, die die eigenen Bürger betreffen. Leider sinken an dieser Stelle das Interesse und die Hilfsbereitschaft einiger politischer Vertreter. Fremdretten ist scheinbar in Mode. Es fängt bei den Personen an, die am untersten Ende der Gesellschaft stehen. Über 1.100 Menschen sind als Obdachlose bekannt und die Dunkelziffer dürfte noch höher ausfallen. Nachdem selbst ihre Unterkünfte für Asylbewerber genutzt wurden, finden sie nun wieder etwas mehr Aufmerksamkeit.

Aber auch wer eine Bleibe hat, dem geht es nicht zwingend gut. Mit einer Verschuldungsquote von 11,69 Prozent liegt NRW deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 10,04 Prozent. Noch schlechter sieht es in der Landeshauptstadt aus. Während sich die Stadt selber als schuldenfrei bezeichnet - was aber dank trickreicher Rechenmodelle möglich ist-, sind 12 Prozent der Düsseldorfer überschuldet. Diese Zahl ist in den vergangenen Jahren nahezu konstant. Teilweise ist es sicherlich selbstverschuldet, aber eben auch nicht immer und die daraus resultierende Notlage ist letztendlich real.

Es schützt auch nicht zwingend, wenn 40 oder 45 Jahre gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt wurde. Mehr als 149.000 Düsseldorferinnen und Düsseldorfer sind von Altersarmut bedroht. Das Rentenniveau sinkt, die Preise steigen. Da bleibt oftmals nur der Gang zum Sozialamt, um die Grundsicherung zu beantragen, damit dann mit kargen 416 Euro monatlich der Lebensunterhalt zu bestreiten ist. Besonders schlimm ist es bei dieser Personengruppe, dass es sich oft um die Generation handelt, die Deutschland zu dem Wohlstand verholfen hat, von dem sie heute nicht mitprofitiert. Also jene Personen, die im Gegensatz zu anderen, die noch nie in unser Sozialsystem eingezahlt haben und teilweise gekommen sind, um sich unseren Sozialstaat zur Beute zu machen und mit Leistungen umfangreich ausgestattet werden.

Bereits nach dem letzten Monitoringbericht zur sozialen Lage in Düsseldorf waren 2015 bereits rund 8.748 ältere Menschen sogenannte Grusi-Empfänger, wobei sich in nur 5 Jahren die Zahl um über 2.000 Personen erhöht hat. Das Amt für Soziales beziffert die Zahl der Senioren mit Grundsicherungsempfang sogar auf 9.170 Senioren. Es wird davon ausgegangen, dass der Wert noch deutlich höher liegt, aber aus Charme der entsprechende Antrag von vielen älteren Menschen nicht gestellt wird.

Bislang ist Altersarmut vor allem ein Problem von Frauen, insbesondere von Alleinerziehenden. Sie arbeiten häufig in teilzeitigen Beschäftigungsverhältnissen und können so wenig in die Rentenkasse einzahlen. Aber hier werden leider breite Bevölkerungsschichten unfreiwillig aufholen, denn wer heute Geringverdiener ist oder Mindestlohn erhält, der darf sich geschlechterunabhängig auf Altersarmut vorbereiten.

Wenn alleine über 17.000 Kinder in Düsseldorf in SGB-II Gemeinschaften leben, dann müssen diese Personengruppen zumindest entlastet werden, indem keine Gelder in reine Prestigeobjekte, Lobby- und Klientelpolitik, integrationsunwillige oder abschiebereife Asylbewerber investiert werden.

Es ist wichtig, wirtschaftlich notleidenden einheimischen Bürgern eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Das würde z.B. für Kinder den Besuch von Schwimm- oder anderen Sportaktivitäten bedeuten, die aus finanziellen Gründen aktuell nicht möglich sind, da es bereits häufig an den Geldern für das Busticket fehlt, geschweige denn die hohen Monatsbeiträge für die jeweiligen Kurse aufgebracht werden können. Es wären aber auch die kostenreduzierten Besuche von Museen für Rentner möglich, so wie es der Seniorenrat gefordert hat, um sich eben nicht nur auf einen kostenlosen Tag im Monat reduzieren zu lassen. Sie merken es oder vielleicht auch nicht, dass genug Handlungsbedarf besteht.

8. Ergebnis / Abstimmungsverhalten

Unter Zusammenfassung aller Aspekte wird der Haushalt deshalb auch in diesem Jahr ohne die Zustimmung der Republikaner eine Mehrheit finden müssen.

9. Abschluss der Rede

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Mitarbeiter der Verwaltung,

wie in den vergangenen Jahren wünsche ich Ihnen und Ihren Familien schöne, erholsame und hoffentlich friedliche Weihnachtstage. Bei der Verwaltung bedanke ich mich für das Engagement, auch wenn ich mir bei der ein oder anderen Stadtratsanfrage etwas ausführlichere Antworten gewünscht hätte, aber vielleicht ist das dann ein guter Vorsatz für das neue Jahr, den ich mit auf den Weg gebe. Mögen wir heute zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger einen Haushaltsplan aufstellen, der spürbare Verbesserungen für unsere Bevölkerung erkennen lässt.

Ende der Rede